



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

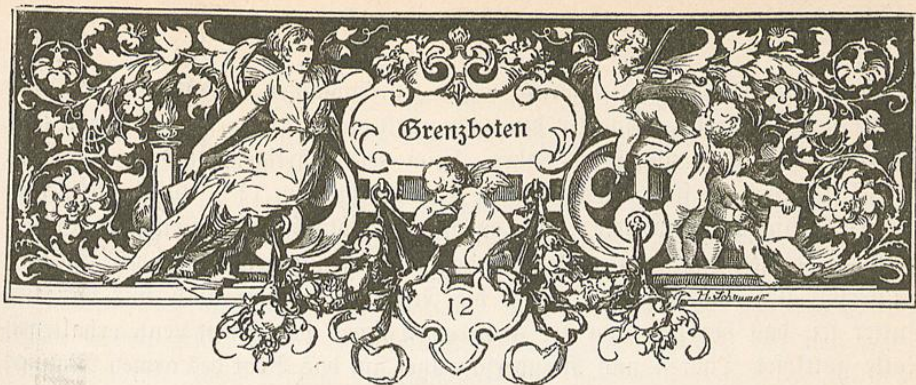
DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Gehlert, A.: Nach den Reichstagswahlen : (Schluß)

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Nach den Reichstagswahlen

Von A. Gehlert

(Schluß)



ie Erkenntnis der Aufgabe des Staates gegenüber den unter der ungebundenen Herrschaft des Kapitalismus leidenden Klassen war es, die Bismarck Anfang der achtziger Jahre veranlaßte, unsern heimgegangenen großen Kaiser und seine fürstlichen Verbündeten zu bestimmen, mit der Staatsgewalt an die Lösung der neu herangetretenen Aufgaben zu gehen. Und weil Gott unser Vaterland in dieser großen Zeit mit erleuchteten Monarchen gesegnet hatte und hat, so fand er deren bereitwillige Zustimmung, die alsbald in der unsterblichen, erlösenden Botschaft vom Jahre 1881 ihren Ausdruck fand.

Der Geist dieser Botschaft, der leider noch nicht allgemein und tief genug erkannt wird, geht auf die Beseitigung aller und jeder unsittlichen Gewalt im Gewerbe und muß in seiner allmählichen Verwirklichung zu einer staatlichen Organisation des gesamten Gewerbes, d. h. zur gänzlichen Unterdrückung der sogenannten freien Konkurrenz und zur Befreiung der körperlichen und geistigen Lohnarbeit aus den Daseinsbedingungen der leblosen Ware, nämlich dem bloßen Zufall von Angebot und Nachfrage, führen.

Das Nächstliegende und Dringendste war natürlich der Anfang der Hilfe für die untersten Klassen der Lohnarbeit. Infolge dessen wurde der Anfang gemacht mit den Kranken-, Unfall- und Arbeiter-Invalidenversicherungsgesetzen, auf deren Einzelheiten ich hier nicht näher einzugehen brauche.

Ich sage, es sei damit nur der Anfang gemacht. Aber das kann doch nur die Lüge, die nichtswürdigste Demagogie behaupten, daß das alles nicht eine wesentliche Erleichterung für das arbeitende Volk, nicht eine wesentliche

Belastung für das Kapital bedeute. Die Zuwendungen, die durch diese drei Gesetze dem Kapital zu Gunsten der Lohnarbeit auferlegt worden sind, betragen über 400 Millionen Mark im Jahre. Zum gegenwärtigen Zinsfuße von ungefähr $3\frac{1}{2}$ Prozent stellt diese Summe ein Kapital von $11\frac{1}{2}$ Milliarden, sage 11500 Millionen Mark dar, das durch einen bloßen Federstrich der Gesetzgebung den Besitzenden entzogen und den Armen zugewendet worden ist. Es rechtfertigt sich dem gegenüber wohl die Frage, wo denn auch nur das Lot Butter sei, das bis jetzt von der aus den Taschen der armen Leute erhaltenen Kotte gottloser Thoren und Wander Schwäger auf das Brot des armen Mannes gebracht worden ist?

Kaum ist ferner das Invalidenversorgungsgesetz dem Massen- und Parteiegoismus mit schwerer Mühe abgerungen — alles auf einmal machen wollen kann nur der geschwätige Unsinn —, so sehen wir unsern jungen kaiserlichen Herrn, den echten Sproß des verewigten großen Kaisers, für den zur Tagesordnung stehenden Arbeiterschutz den einzig möglichen Weg beschreiten, der die kleinen Kunststücke der mit den Arbeiterstimmen kokettirenden Parteiführer weit hinter sich läßt, den Weg der internationalen Vereinbarung. Auch hier ist der Erfolg nur eine Frage der Zeit.

Die andre Art der Hilfe ist freilich schwieriger und wird mehr Zeit erfordern, weil sie, wie gesagt, die Staatsintervention für die Erzeugung und den Austausch der Waren einführen muß, und weil hier natürlich nur mit größter Vorsicht und auf Grund sicherster Erkenntnis sowohl eines vor-handnen Übels als der Möglichkeit seiner staatlichen Abstellung vorgegangen werden kann.

Denn wie ich nichts von der Weisheit halte, die den Staat zertrümmern will, ohne sagen zu können, was an seine Stelle treten soll, so halte ich nicht viel mehr von der andern, seit Platons Zeiten bis in unsre Tage herein geübten Weisheit, die auf der Studirstube zum Ersatz für den von Natur gegebenen, von Menschenwitz unabhängigen Staat einen ganz neuen aus diesem Menschenwitz heraus zurechtzimmern will. Das höchste, was die hinter den Dingen dreinhinkende Vernunft leisten kann, ist, daß sie einzelne Erscheinungen verändert oder beseitigt. In dieser Beziehung glaube ich aber, daß allerdings mehrere reformatorische Wege bereits völlig gangbar seien, und will davon wenigstens zwei hier andeuten.

Der erste ist die Einführung der unbedingten Anzeigepflicht in unsrer Produktion, wonach jedem Verbraucher einer Ware mitgeteilt werden muß, aus welchem Material und von wem eine Ware erzeugt ist. Die Schundproduktion, unter der wir leiden, bringt es mit sich, daß Milliarden von Kapital und Millionen von Arbeiterexistenzen gänzlich nutzlos aufgerieben werden, und sie ist nur dadurch möglich, daß ohne Anzeigezwang dem Verbraucher geringwertige Waren aufgeschwindelt werden, die er für solid

hält und als solid bezahlt hat. Ich verweise hinsichtlich dieser Frage auf die ausführliche Darstellung, die ich vor zwei Jahren bei den Handwerkerdebatten im Reichstage gegeben habe.

Der zweite ist eine gründliche Umgestaltung des heutigen Arbeitsvertrages. Obschon, wie wir gesehen haben, der Arbeiter ein untrennbarer Bestandteil des gesamten Arbeitsprozesses ist, kann er doch jederzeit von den Ergebnissen desselben ausgeschlossen werden, dadurch, daß er, auch ohne sein Verschulden, außer Arbeit gesetzt wird. Ich will aber, daß jeder Arbeiter, der von irgend einem Industriezweig einmal angenommen ist, von diesem auch — natürlich von seiner Ganzheit, nicht vom einzelnen Arbeitgeber — dauernd erhalten werde, und ich will das nicht bloß im Interesse des einzelnen Arbeiters, sondern im ureigensten, wohlverstandnen Interesse des rechtschaffenen Arbeitgebers selbst, und zwar aus folgenden Gründen.

Fast alle Not in der Industrie kommt von der zeitweiligen Überproduktion, wo plötzlich der Absatz stockt, weil zu viel Waren fertig wurden, die Preise sinken, Arbeiter entlassen werden, Bankerotte ausbrechen u. s. w. Der Grund zur zeitweiligen Überproduktion ist aber fast immer die leichtsinnige Spekulation, die die Fabrikationsmittel ins Ungemessene steigert, so lange das Geschäft gut geht, und gewöhnlich von denjenigen Unternehmern am kühnsten betrieben wird, die am wenigsten besitzen, also wenn die Sache schief geht, am wenigsten zu verlieren haben. Diese eigentliche Mutter der gewerblichen Krisen findet nun ihre hauptsächlichste Stütze in folgendem Umstande. Wenn es hoch kommt, wird der leichtsinnige Unternehmer für den Fall des Mißerfolges um das Geld besorgt sein, das er auf tote Gebäude, Maschinen u. s. w. verwandt hat. Das Schicksal seiner lebenden Arbeiter braucht ihn nicht im mindesten zu kümmern, er kann sie zu jedem Lohne und in jeder Zahl annehmen, so lange das Geschäft geht; er kann dann drauf los produziren, bis das Zuviel notwendig den Rückschlag bringt, und ist dieser da, so kann er seine Arbeiter ohne weiteres wieder auf die Straße setzen. Das würde sofort aufhören, wenn die einzelnen Unternehmer nicht mehr ganz nach Belieben ihre Arbeiter annehmen und entlassen könnten, wenn der Unterhalt derselben für die Zeit der Stockung immer als böse Drohung vor ihrem Geiste stünde.

Ich kann nur sagen, daß ich als ergrauter Unternehmer und aus der Summe meiner Erfahrungen und meines Nachdenkens die beiden staatlichen Maßregeln: die Einführung der unbedingten Anzeigepflicht und der unbedingten Verantwortlichkeit der Arbeitgeber für das Dasein ihrer Arbeiter, durchaus nicht als eine Last, sondern als eine Erlösung für mich betrachten könnte.

Freilich mit den heutigen Mitteln und Arten der Staatsgewalt ließen sich solche immerhin schon tief einschneidende Maßregeln nicht durchführen, sondern sie würden eine große Vermehrung der unmittelbaren und mittelbaren sachver-

ständigen Organe der Staatsgewalt notwendig voraussetzen. Allein diese Vermehrung wäre verhältnismäßig leicht denkbar in der Form der Genossenschaften als staatlicher Delegationen. Der Staat müßte die Gewerbe sich in Genossenschaften gliedern lassen, er müßte diesen gewisse Pflichten gegen die Gesamtheit auferlegen und sie zur Erfüllung dieser Pflichten mit gewissen Befugnissen wider ihre einzelnen Mitglieder ausstatten, kurz, er müßte einen Teil seiner Gewalt den Genossenschaften übertragen.

Endlich gehört zu den zivilisatorischen Aufgaben des Staates, also zum Sozialismus, die Verteidigung nicht bloß unsers nationalen, sondern auch unsers wirtschaftlichen Daseins nach außen, die er nur durch Schutzzölle führen kann, und da besonders die Getreidezölle ein viel gebrauchtes Kampfmittel der jetzigen Opposition sind, so will ich auch darüber ein paar Worte bemerken.

Nur die produktive Arbeit dient der Kultur. Produktiv nennt man die Arbeit, die sich mit Naturstoff verbindet, die also irgend welchen Naturstoff, Eisen, Holz, Getreide u. s. w. geschickt macht, menschliche Bedürfnisse zu befriedigen. Alle Handelsthätigkeit, mag sie unter andern Gesichtspunkten noch so notwendig und nützlich sein, dient nicht unmittelbar der Kultur. Die Kultursubstanz in einem Zentner Getreide ist vollendet, wenn dieser aus der Dreschmaschine kommt. Wenn er hernach beliebig oft gekauft und verkauft wird, so wird zwar der Preis fortgesetzt wechseln, aber alle Preisveränderung kann kein Atom zu seinem Kulturinhalt hinzuthun oder wegnehmen. Ferner ist der Preis an sich für die wirtschaftliche Wohlfahrt ein völlig gleichgiltiges Ding; die Gesetzgebung hat es nicht im mindesten damit zu thun, daß die Lebensmittelpreise hoch oder niedrig seien, sondern ausschließlich damit, daß das Verhältnis zwischen dem, was ein Mensch erwerben kann und dem, was er verbrauchen muß, so günstig als möglich sei. Wenn die Gesetzgebung z. B. die Wahl hätte zwischen einem Erwerb von 20 Mark die Woche bei 10 Mark für Lebensmittel und einem Erwerb von 15 Mark die Woche bei 6 Mark für Lebensmittel, so müßte sie unstreitig nach dem erstern Verhältnis streben, trotzdem daß sie dabei die Lebensmittel um 4 Mark teurer zu machen haben würde. Auf der produktiven Arbeit allein und keiner andern beruht das Dasein jedes großen Volkes. In dem Grade, wie sie sich vermindert, verarmt ein Volk; wo sie ganz aufhörte, müßte ein Volk ganz zu Grunde gehen. Nun leuchtet ein, daß diese produktive Arbeit in dem Umfange ergiebig sein muß, wie eben die Natur Beihilfe leistet. Mithin wird ein Volk, das von Natur weniger gesegnet ist, nicht mit einem andern konkurrieren können, das von Natur mehr gesegnet ist, wenn es sich nicht durch Zölle schützt.

Nehmen wir das Beispiel des Getreidebaues. Amerika und Südrußland sind so außerordentlich fruchtbar, daß dort hundert Arbeiter vielleicht die doppelte oder dreifache Menge von Getreide in derselben Zeit erzeugen, wie hundert deutsche Arbeiter. Mithin können Rußland und Amerika ihr Getreide

um so viel billiger verkaufen, und mithin stand die Gesetzgebung vor der Zwangswahl, die deutsche Landwirtschaft entweder zu Grunde gehen zu lassen oder durch Zölle zu schützen. Da nun der Untergang der deutschen Landwirtschaft den Untergang von 25 Millionen Konsumenten für die Industrie bedeutete, der einzigen sichern Konsumenten, die die Industrie überhaupt hat, so konnte auch vom Standpunkte der Industrie aus der vernünftige Gesetzgeber nichts andres thun, als Zölle auflegen.

Das Schicksal der Lohnarbeit an sich aber wird von diesen Zöllen nicht nur nicht geschädigt, sondern gar nicht berührt. Denn wie wir aus dem früher erwähnten ehernen Lohngesetze von Ricardo wissen, das, wie gesagt, der Ausgangspunkt und die Stütze der gesamten gegenwärtigen sozialen Bewegung ist, deckt der Lohn im Durchschnitt immer nur den landesüblichen notdürftigen Lebensunterhalt, sei dieser nun hoch, wie z. B. in großen Städten, oder niedrig, wie z. B. in entlegenen Dörfern. Steigt der Durchschnitt dieses Unterhaltes, so steigt der Durchschnitt des Lohnes, fällt er, so fällt auch dieser. Es gehört deshalb zu den nichtswürdigen Pfiffen des Gewerbes der sozialdemokratischen Agitatoren, wenn sie im geraden Gegensatze zu ihren eignen Grundlehren die Arbeiter jetzt aufzureizen suchen mit dem Geschrei, Zölle und indirekte Steuern gingen auf ihre Kosten.

Wenn — durchaus nicht gegen die Zeit vor Erlass der Getreidezölle, wohl aber gegenüber dem niedrigsten Stande, den sie vor zwei Jahren und ziemlich im ganzen Jahrhundert einnahmen — heute die Getreidepreise etwas höher sind, sind es nicht auch die Löhne? Sind diese nicht in noch höherm Grade gestiegen? Welche andre Ursache für den allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwung einschließlich der Lohnsteigerung in Deutschland giebt es denn, als unsre Schutzzollpolitik?

Ich spreche vom Durchschnitt. Daß der allgemeinste und beste Geschäftsgang stets örtliche Ausnahmen aufweist, weiß jeder. Ich beklage einige obererzgebirgische Distrikte, die für Brot mehr zahlen sollen, ohne schon an dem wirtschaftlichen Aufschwunge teilzunehmen; aber gerade für sie würde die Aufhebung der Zölle das größte Unglück sein. Sie würden das Brot nicht viel billiger erhalten, aber infolge der dann eintretenden allgemeinen wirtschaftlichen Krisis einem Lohndrucke verfallen, wie er in unsrer Zeit noch nicht erlebt worden ist.

So viel über den Sozialismus, wie er uns aus der Politik der Regierung entgegentritt. Aus den Parteien weht freilich ein ganz anderer Geist, und den will ich jetzt nachweisen.

Die Bestrebungen der Parteien gehen — ganz abgesehen von den Polen, Dänen, Estländern und Welsen, die das Reich überhaupt nicht wollen — durchaus nicht dahin, die Partei, also das Sonderinteresse, zur Dienerin des Staates, sondern umgekehrt dahin, den Staat zum Diener der Partei, des Sonder-

interesses, zu machen. Das liegt in der Natur der Partei. Jede Partei nimmt das Klappern der eignen Mühle für die Harmonie der höhern Sphären und will den Staat durchaus nur konservativ, nur liberal, nur schutzgöllnerisch, nur freihändlerisch, nur kapitalistisch, nur arbeiterfreundlich u. s. w. machen. Daran, daß jede Partei — nicht bloß diese oder jene — bis zu einem gewissen Grade völlig berechnete Interessen vertritt, die aus der Entwicklung der unendlich mannichfachen Einzelwesen im Staate hervorgegangen, mithin notwendig da sind, daß es einen Staat nur mit einem Interesse, also nur einer Partei, niemals gegeben hat und geben kann, daß mithin jede Partei genau so viel und genau so wenig Recht an den Staat hat wie die andern, daran zu denken, fällt natürlich dem in der Wolle gefärbten, also hornirten Parteimann nicht ein. Jeder pfeift sein Lied mit größerer oder geringerer Mundfertigkeit wie es ihm der Zufall seiner Geburt, Erziehung, Berufsbeschäftigung, gesellschaftlichen Umgebung u. s. w. gelehrt hat.

Man sehe nur auf den Reichstag. Wirklich gute, d. h. der Gesamtheit dienende Gesetze, sofern sie mächtige Parteiinteressen verletzen, kommen häufig gar nicht, immer aber nur schwer zu stande, und ihr Erfolg hängt nicht ab von der Vernunft, sondern immer nur von der Macht.

Recht deutlich zeigte sich dies am Schicksal des Arbeiterinvalidengesetzes. Noch nie ist ein gerechteres, allgemeiner und segensreicher wirkendes Gesetz vorgelegt worden als dieses, und gleichwohl, welchen erbitterten Widerstand hat es im Reichstage gefunden! Es war für den Erfolg notwendig, daß die Fürsten — in erster Linie der Kaiser und der sächsische König — einmütig hinter ihm standen und daß der Druck aus den höchsten Kreisen auf den Patriotismus sich nach allen Richtungen hin geltend machte. Der Kaiser ließ sich über den Fortgang der Beratungen unausgesetzt Bericht erstatten, und als der Erfolg einmal zweifelhaft schien, erklärte er seiner Umgebung, daß er das Gesetz, wenn es für Deutschland scheitere, sofort dem preußischen Landtage vorlegen lassen werde. Der Minister von Bötticher, diese bedeutende staatsmännische Kraft, rieb sich in fast ruheloser Arbeit bei Tag und Nacht schier auf, und doch war nicht mehr als nur eine Mehrheit von zwanzig Stimmen dafür zu gewinnen. Wie verhielten sich hier die Parteien?

Da war zunächst der Deutschfreisinn mit seinem wirtschaftlichen Anhang, dem Freihandel um jeden Preis. Für diesen ist die Welt seit 1789 mit Brettern vernagelt, für ihn hat Gott damals seine Geschäfte bei der Staatsentwicklung an Jean Jacques Rousseau und Adam Smith, an den einen für die politischen, an den andern für die wirtschaftlichen Interessen, endgiltig abgetreten. Die Ideen dieser beiden Männer deckten sich damals mit der Erfahrung und waren Metallbaren der Wissenschaft. Heute, wo die Welt hundert Jahre lang neues erlebt hat, decken sie sich nicht mehr mit der Erfahrung, heute sind sie in den Walzwerken des Deutschfreisinns zu Blech

geworden. Der hat aber mehr zu thun, als sich darum zu kümmern, daß es seit ungefähr siebzig Jahren so etwas wie Sozialwissenschaft giebt, daß die Massenarmut Gegenstand der Verantwortung des Staates sein kann. Er hält die Welt mit einer Anzahl politischer Freiheiten für erlöst und sieht nicht, daß diese doch nur für den Reichen einen wirklichen Wert haben. Wirtschaftlich will er das Walten des Stärkern sans phrase, und für diesen Stärkern verlangt er den Schutz des Staates, damit er den Schwachen nach Belieben unterdrücken könne, denn das Eigentum, also das Kennzeichen des wirtschaftlich Stärkern — ja Bauer, das ist ganz was andres! — das will er vom Staate geschützt wissen. Jede Fürsorge des Staates für den wirtschaftlich Schwächern widerspricht aber seinem innersten Lebensgrundsatz. Wirtschaftlich würde der Staat des Deutschfreisinn der Staat der Trolesen sein.

Wenn mir auf der Folterbank die Wahl zwischen dem deutschfreisinnigen und dem sozialdemokratischen Unsinn aufgenötigt würde, so würde ich mich gewiß für den letztern erklären, denn hinter diesem steckt wenigstens etwas, was unser höchstes Interesse beansprucht, nämlich die Armut des Volkes, hinter dem deutschfreisinnigen Unsinn steckt aber weiter nichts als der Geldsack, diese Brutalität des neunzehnten Jahrhunderts. Und der Spaß dabei ist, daß die meisten Befenner, insbesondre die kleinern Blechschmiede im freisinnigen Fabrikbetrieb, gar keine Ahnung davon haben, was das für Fäden sind und von wem sie gezogen werden, an denen sie als Marionetten zappeln. Die meisten faheln und erhitzen sich aus einem unklaren, niemals überdachten Freiheitsbegriff heraus, sie sind schlechte Musikanten, aber gewöhnlich ganz gute Menschen. Das kann ich bezeugen aus der Zeit, wo ich jung an Jahren, unreif an Wissen und Erfahrung, in Chemnitz mit dem Freisinn — das Ding wurde damals Fortschritt genannt — die Schafe hütete. Der jüngere Nachwuchs unterscheidet sich unvorteilhaft von den Vätern nur dadurch, daß er in dem Grade, worin er keine eignen Ideen hat und die des Gegners nicht begreift und nicht zu widerlegen versteht, sich mit seinen Angriffen auf die Person wirft, was jeder erfahren haben wird, der jemals einem solchen Staatsmann im Wahlkampfe gegenübergestanden hat. Dieser Freisinn mit seinen wenigen Mitgliedern und seinem wirtschaftlichen Anhang, dem Freihandel um jeden Preis, stimmte natürlich wider das Gesetz.

Schlimmer noch in den Beweggründen war das Benehmen des größten Teiles des Zentrums unter der Führung des Herrn Windthorst. Hier zeigte sich, daß diese Herren nicht, wie sie behaupten, die Vertreter der katholischen Religion sind — denn diese schreibt ja dem Staate vor allem Hilfe für die Notleidenden vor —, sondern die Vertreter der menschlichen Selbst- und Herrschaftsucht, die sich innerhalb der katholischen Religion angesiedelt hat. Ihre Redner sprachen es ungenirt aus, daß die Thränen nicht getrocknet werden dürfen, um der Privatwohlthätigkeit den Stoff nicht zu entziehen. Sie forderten also

die Not als Acker für ihre Kirche. Die Kirche war ihnen nicht für die Notleidenden, sondern umgekehrt die Notleidenden waren ihnen für ihre Kirche da. Im Interesse der Kirche wollen sie aber auch den Staat nicht zu wirksam werden lassen. Wider jede Stärkung der zivilisatorischen Staatsgewalt finden wir Herrn Windthorst auf dem Platze, damit das Klippenwesen, worin er und sein Anhang neben und wider den Staat schmarrt, lustig weiter gedeihen könne.

Aber auch unter den Konservativen fanden sich, und zwar gerade unter den reichen Großgrundbesitzern, Gegner genug, die freilich mit aller Redekunst niemand darüber zu täuschen mußten, daß ihr Widerstand die Folge des Widerwillens gegen die auch dem Großgrundbesitz angemessenen Lasten war.

Die allerhäßlichste Erscheinung war jedoch die Ablehnung der Vorlage bei den elf aus den Taschen der Arbeiter bezahlten gewerbmäßigen sozialdemokratischen Agitatoren! Sie bewiesen damit jedem Unbefangenen, daß ihnen die Aufreizung der Massen ein Gewerbe wie jedes andre Gewerbe ist; teils leben sie gänzlich davon, teils stillen sie damit wenigstens ihre Sucht nach öffentlicher Geltung. Wenn es ihnen wirklich um die Notleidenden zu thun war und nicht um ihr Gewerbe, warum nahmen sie nicht wenigstens die 200 bis 250 Millionen Mark im Jahre, die sie jetzt erhalten konnten? Wer hinderte sie denn, alles daran zu setzen, daß die Zuwendung alsbald erhöht wurde? Aber ihr Gewerbe braucht nicht den denkenden, sondern den hungernden Arbeiter, darum sollte die Not konservirt werden!

Und hier komme ich nun zum Doktor Eisenbart, zur Sozialdemokratie überhaupt.

Die richtige Behandlung der sozialen Frage setzt die richtige Erkenntnis der Natur und Aufgabe einerseits des Staates und anderseits des einzelnen Menschen voraus.

Der Staat ist zunächst der Inbegriff aller seiner einzelnen Angehörigen, aber nur ihrer Macht, selbstverständlich nicht der Art, wie diese Macht im Einzelnen erscheint. Wenn sich hundert Menschen auf einen Haufen stellen, werden sie nicht hundertmal klüger oder sittlicher, wohl aber hundertmal mächtiger als der Einzelne. In dem Inbegriff dieser Macht geht die Macht des einzelnen Menschen restlos unter. Denn das ist das Wesen der Macht, daß die kleinere in der größern von selbst erlischt, wie der Zoll in der Elle, das Pfund im Zentner.

Das Einzelwesen ist das Ding, wodurch Macht in gewisser Art oder Beschaffenheit erscheint. In der Seele des einzelnen Menschen erscheint sie als die Beschaffenheit Liebe, Haß, Begierde und Denken. Was der Mensch hiervon hat, das ist vom Staate ganz unabhängig, das kann ihm der Staat weder nehmen noch geben, das bezieht er lediglich von der Natur, oder vielmehr das ist die Natur selbst. Am einzelnen Menschen müssen also sorgfältig zwei Seiten unterschieden werden. Nur als Macht, abgezogen von aller Eigenschaft betrachtet,

ist er willenloser Teil des Staates (der Gesamtmacht), als Eigenschaft betrachtet, ist er unabhängig vom Staate, kann er sich ihm anschließen oder von ihm trennen.

Der Brennpunkt, worin Liebe, Haß, Begierde und Denken des einzelnen Menschen zusammenstrahlen, ist sein Selbsterhaltungstrieb oder sein Egoismus. Wenn der nicht wäre, würde es ja gar kein Einzelwesen geben können! Der Egoismus stellt also die eigentliche Natur des Menschen dar. Dieser liebt sich, sucht, so viel an ihm ist, sein Dasein zu erhalten, haßt das, was diesem Dasein entgegentritt, und schließt sich also an andre an, oder trennt sich von ihnen nur nach Maßgabe seines eignen Nutzens.

Der Staat ist für den einzelnen Menschen höchst nützlich, weil der Mensch seine Macht allein bei weitem nicht in dem Grade wirksam machen kann, wie im Anschluß an andre. Alle Menschen tragen zur Gesamtwirksamkeit bei, aber jeder doch in ganz verschiedenem, höhern oder niederm Grade. Also kann der Einzelne auch nur in dem Grade Anteil an den Erfolgen des Ganzen haben und in seinem Egoismus befriedigt sein, wie er sich darum verdient gemacht hat, während er sich in dem Grade, wie sich Leistung und Gegenleistung zu seinen Ungunsten nicht decken, in seiner Natur verletzt sehen muß und dem Staate zu widerstreben suchen wird.

Wie kann er aber widerstreben, da er doch als überaus kleiner Teil der Gesamtmacht des Staates in diesem Staate ohne Rest verschwindet? Weil die Beschaffenheit der Macht eine ganz verschiedene Bedeutung und Wirksamkeit hat. Ein andres ist die körperliche, ein andres die geistige Erscheinung von Macht. Die körperliche Macht wird durch die geistige Macht bewegt und bestimmt. Die körperliche ist allen Menschen fast in gleichem Grade, die geistige in ganz ungleichem Grade eigen; je höher der Grad von Denkkraft, desto geringer ist die Zahl der Menschen, in denen er anzutreffen ist; der höchste Grad erscheint sogar immer nur in langen Zwischenräumen, zuweilen von tausend und mehr Jahren, in einzelnen, auserlesenen Menschen. Tausend körperlich starke, aber geistig schwache Menschen können von einem einzigen körperlich schwachen, aber geistig starken Menschen bewegt und bestimmt werden. Nun erscheint die Macht des Staates nur in der körperlichen Macht seiner Angehörigen, sie wird aber bewegt, bestimmt durch die geistige Macht einzelner Menschen. Deshalb kann es geschehen, daß ein einzelner Mensch ganze Staaten seinem Willen unterwirft.

Bei diesen wenigen Bemerkungen über die Bestimmungsgründe der Frage kann ich es wohl für den denkwilligen Leser bewenden lassen. Kommen wir nun zu den Folgerungen.

Jeder wirkliche Staatsmann hat bis jetzt den Menschen als Stoff zu seinen Geschäften genommen, wie er ihn von Gott geschaffen vorgefunden hat, nämlich als Egoisten. Er ist niemals auf die Ungereimtheit verfallen, daß er

den Egoismus aus der Welt schaffen könne, er hat ihn immer nur veredeln und von seinen schädlichen Wirkungen befreien wollen. Veredelt wird der Egoismus durch die Vernunft, d. h. durch die Einsicht, daß er seine Rechnung am besten findet, wenn er sich an die andern anschließt. Diese Ansicht bringt freilich der Einzelne als solcher nicht mit, sondern sie wird ihm erst durch die Erfahrung gelehrt, aus der der Staat handelt. Seine Rechnung würde aber die starke Persönlichkeit im Anschluß an den Staat nicht finden, wenn dieser ein Prokrustesbett für sie, wenn sie durch ihn in spanische Stiefel eingeschmürt würde. Das letzte Ziel des Staates ist daher, wie gesagt, den Starken und den Schwachen in den Stand zu setzen, sein Dasein nach seiner verschiedenen Kraft in Ruhe und Frieden geltend zu machen. Er wird zwar den Schwachen vor Unterdrückung schützen, ihn aber gewiß nicht zur Herrschaft berufen, sondern der Macht des Starken, gerade im Interesse der zahllosen Schwachen, von jener Schutzzrenze ab unbedingten Spielraum gewähren. (Unter Stärke und Schwäche verstehe ich natürlich die, die der Mensch unmittelbar von der Natur, nicht die, die er von den zufälligen gesellschaftlichen Zusammenhängen, dem Zufall der Geburt u. s. w. hat.) Wenn wir uns den Staat vollendet denken, so werden alle Menschen an ihrem Platze in unendlicher Mannichfaltigkeit der Gesamtheit dienen, die Schwachen, die von Natur die weit überwiegende Mehrheit bilden, den niedern, die Minderheit der starken den höhern Interessen. Sie werden der Gesamtheit dienen und zugleich sich selbst; die Starken werden in der Herrschaft, die Schwachen gerade durch diese Herrschaft befriedigenden Spielraum für ihre Natur finden. Im vollendeten Staate würde der Egoismus zu seiner segensreichen Entfaltung gelangt, nämlich zum Egoismus der Vernunft geworden sein. Man könnte auch sagen, der Egoismus (der tierische, unvernünftige) würde durch den Egoismus (den sittlichen, vernünftigen) überwunden sein.

Bei dem Worte Sozialdemokratie kann man zunächst zu gar keinem vollenziehbaren Gedanken gelangen, wenn man es nicht trennt und den Sozialismus und die Demokratie gesondert betrachtet.

Der vernünftige Sozialismus ist der Gegner des Egoismus, sofern dieser roh, nicht gereinigt von der Vernunft erscheint, aber, wie wir gesehen haben, durchaus nicht sein Gegensatz. Der Sozialismus in der Sozialdemokratie ist nicht bloß Gegner, sondern Gegensatz. Eine Gesellschaft, bei der die allerersten Errungenschaften der Kultur, persönliches Eigentum, festes Familiengefüge*) wieder

*) Daß die Aufhebung des persönlichen Eigentums und der Familie keinen Fortschritt, sondern einen Rückfall in den Naturzustand bedeuten würde, sieht der Gelehrte der Sozialdemokratie natürlich nicht ein. Eigentum ist, was an einem Dinge von unserm Willen abhängig ist. Das Eigentum des Löwen ist alles schwächere Getier der Wüste. Wenn das beschränkte persönliche Eigentum aufgehoben wird, ist das unbefchränkte des Raubtiers wieder da. Die Leute sehen gar nicht, daß es sich gegenwärtig nicht um den Namen des Besitzers

verloren gegangen wären und das Gottesbewußtsein entweder wieder verschwunden sein oder zur gänzlichen Enteignung des Egoismus geführt haben würde, die die Leistung des Riesen mit dem Lohn des Zwergen und umgekehrt vergelten wollte und die dennoch befriedigt atmete, könnte nur entweder als eine Herde von Bestien oder als eine Vereinigung von Engeln gedacht werden. Wesen wie Alexander der Große, Cäsar, Raphael, Goethe, Bismarck, denen weder die Natur der Bestie noch die des Engels zukommt, würden in einem solchen Gemeinwesen keine Unterkunft finden. Könige und Barbieri können nicht Mitglieder einundderselben Innung sein. Dieser Pseudosozialismus räumt mit der gegebenen, natürlichen Thatsache Egoismus gründlicher auf als selbst das Christentum; dieses sagt doch nur: Liebe deinen Nächsten wie dich selbst, und wendet sich an eine edle Selbstliebe des Menschen mit dem Hinweis auf das Jenseits. Der Sozialismus der Sozialdemokratie sagt aber: Du sollst deinen Nächsten mehr lieben als dich selbst, du Adler sollst die Herrschaft mit dem Sperling teilen, damit du dich glücklich fühlst.

Während aber im Sozialismus der Sozialdemokratie der Egoismus und damit der Einzelne völlig aufgehoben ist, wird der Einzelne in der Demokratie wieder hergestellt, und zwar bis zu dem Grade, daß er von Gott gänzlich unabhängig, der alleinige Träger der Welt ist. Was geschehen soll, darüber sollen nicht objektive, von diesem oder jenem Menschen unabhängige Ideen höhern Ursprungs entscheiden, sondern die Mehrheit der gezählten Menschen von unten. Schade nur, daß ich in der Geschichte nur Oligarchien, aber nicht eine einzige Demokratie entdecken kann. Demokratie ist die Herrschaft aller. Der Begriff der Herrschaft hat zum notwendigen Wechselbegriff den Begriff des Beherrschtheins. Nun möchte ich wissen, wo in einem Staate von lauter Herren die Diener ihre Unterkunft finden sollten! In der Demokratie hat es sich daher immer nur um die Herrschaft eines oder einiger gehandelt, die für ihre persönlichen oder Klasseninteressen die übrigen zu gewinnen wußten. In der sogenannten Demokratie der Vereinigten Staaten herrscht der Geldsack, ähnlich ist es in Frankreich und überall, wo sich die Menschen mit dem Worte Demokratie narren ließen. Die herrschende Idee kommt immer von oben, offenbart sich zuerst in einem Einzelnen, teilt sich durch den einen mehreren

des Eigentums (dieser sei „Staat“ oder „Müller“ oder „Schulze“), sondern um gewisse gemeinschädliche Wirkungen handelt. Können diese durch Gesetze abgestellt werden, was soll der Name Müller oder Schulze verschlagen? Können sie es nicht, was soll dann die Gesetzlosigkeit und der bloße Name Staat für den Besitzer ändern? Die Ehe im sozialdemokratischen Staat ist das Konkubinat, d. h. das Produkt der Leidenschaft ohne Rest. Daß das gesetzliche Band sie schon im Interesse der Kinder und des gesellschaftlichen Friedens aus der Brunst der Leidenschaft auf das Gebiet der Selbstbeherrschung, der Vernunft, der sittlichen Freiheit erheben mußte, kann eine Doktrin, die über den Begriff der natürlichen Freiheit überhaupt nicht hinaus kommt, selbstverständlich wieder nicht begreifen.

und durch diese zuletzt vielen mit, wird aber niemals Eigentum des Bewußtseins der Massen. Ist es denn mit der „Idee“ der Sozialdemokratie, soweit dies edle Wort für ein solches Ding überhaupt gebraucht werden kann, anders? Was und wo ist denn die Sozialdemokratie? Phantasie in den Köpfen von Marx und seinen Vorgängern und einigen hundert Schwärmgeistern der Gegenwart. Haben diese Leute die Sozialdemokratie etwa von den harmlosen Arbeitermassen gelernt, wird sie nicht vielmehr umgekehrt diesen von jenen wenigen Einzelnen vorgeredet? Mit welchem Rechte nennen sich also diese Phantasten Demokraten?

Der Sozialismus wird immer monarchisch sein, oder er wird nicht sein. David Strauß, dieses gleich Karl Marx nach einer vereinzeltten Richtung verirrte deutsche Denkhuhn, hat die Monarchie ein Mysterium genannt. Nichts, was mehr zu Tage läge, als dieses vermeintliche Mysterium! Der Segen der zivilisatorischen Gesamtgewalt des Staates kann eben nur in der Form der Monarchie dem Einzelnen ganz zu gute kommen, weil der Monarch von allen Einzelnen, also allen Sonderinteressen unabhängig, weil er souverän gemacht ist. Nun hängt die Macht des Monarchen ab von der Macht des gesamten Staates, also von einem gesunden Zusammenwirken aller seiner Teile; mithin ist der erleuchtete Monarch durch seinen Selbsterhaltungstrieb, seinen vernünftigen Egoismus, d. h. seine Natur, jederzeit darauf hingewiesen, alle seine Angehörigen, nicht bloß Einzelne, ihre angeborenen Kräfte nach Maßgabe des Interesses aller ganz entwickeln zu lassen. Kaiser Wilhelm I. war, Kaiser Wilhelm II. und König Albert von Sachsen sind in eminentem Grade Sozialisten. Wenn in der Geschichte die Monarchie ihre Schuldigkeit nicht immer gethan hat, so lag die Schuld nicht an dem monarchischen Prinzip, sondern an der Gebrechlichkeit des menschlichen Trägers, die Gott eben nicht bloß in Hütten, sondern auch auf Thronen zuläßt. Denn Leidenschaft und Irrtum sind nun einmal des Menschen Erbteil, sind nun einmal die höllischen Geschwister, die den Sterblichen den Eingang in den Tempel der Vollkommenheit für immer verwehren.

Monarchismus und Sozialismus decken sich also. Demokratie ist der gerade Gegensatz des Sozialismus. Die Demokratie möchte ich die große Dummheit in der Geschichte nennen, weil sich der Begriff nie mit der Sache deckte. Sozialdemokratie ist aber nicht einmal ein vollziehbarer Begriff, sondern, wie die Quadratur des Kreises, ein bloßes Wort ohne jeglichen Inhalt; sie ist nicht einmal als Dummheit möglich.

Solche Barbarei im Denken würde nun unser Zeitalter gar nicht erlebt haben, wenn es nicht das Zeitalter der Gottlosigkeit, nicht der Anbeter des unbewiesenen souveränen Menschenichs wäre. Unsr Sitten verfallen im Pessimismus, unsre Wissenschaft läuft in das leichte Geschwätz eingebildeten endlichen Seins aus. Der Hochmut unsrer sogenannten exakten Wissenschaften

brüstet sich mit seiner genauen Erkenntnis von allerhand einzelnen Dingen, und noch soll das erste dieser Dinge außerhalb der menschlichen Einbildungskraft und außerhalb oder unabhängig von der Existenz Gottes aufgezeigt werden!

Welche Thorheit ist es, in der Macht des Einzelnen und in der zusammengefloßenen Macht aller Einzelnen im Staate etwas anderes erkennen zu wollen, als den Ausfluß der einen, ewigen und unendlichen Macht Gottes! Welche Thorheit also ist es, den Staat von unten herauf und nicht in Gott erkennen, aus Gott aufbauen zu wollen! Wenn wir uns aber auf Gott besinnen, die Rechte der Menschen aus ihm bestimmen wollen, so werden wir schnell fertig werden mit dem Umding Sozialdemokratie, d. i. mit dem Gewerbe einer Hand voll Leute, die Gott und was aus ihm folgt, leugnen und mit ihren Fieberphantasien die unwissenden Massen der Revolution, dem Blutgerüst und dem Kerker zutreiben.



Die Militärpflicht der Mediziner

Von Robert Mauer



Die Studenten der Theologie haben sich dagegen verwahrt, als man ihnen ihr Recht, Soldat zu werden, nehmen wollte, und sie thaten ganz recht daran. Kein wehrfähiger deutscher Süngling kann für voll angesehen werden, der nicht den Soldatenrock getragen hat und der Armee angehört. Daher wäre es zu wünschen gewesen, daß es mit der Dienstpflicht der Theologen beim Alten geblieben wäre.

Eine Änderung jedoch, wollte ich, träte in der Militärpflicht der Mediziner ein, und zwar folgende: 1. daß sie ein Jahr mit der Waffe dienten, 2. daß sie als Reserveunteroffiziere eingezogen würden, 3. daß sie nach dem Staatsexamen zwei Monate als Unterärzte dienten, 4. daß sie vor der Beförderung zum Reservestabsarzt noch einmal eine Übung machten.

Diese Vorschläge, die manchem, wie ich weiß, ungeheuerlich erscheinen werden, sollen im Folgenden begründet werden.

1. Durch die Einrichtung der Einjährig-Freiwilligen hat man an entscheidender Stelle dargethan, daß es möglich ist, fähige junge Leute in einem Jahre zu brauchbaren Soldaten zu machen, gleichzeitig aber auch — meiner